

Schmiedtbauer/Bernhuber: Farm-to-Fork-Strategie auf dem Prüfstand

Utl.: Kein einseitiges Belastungspaket für Land- und Forstwirte / Versorgungssicherheit gewährleisten / Gleiche Regeln für Importe / Klare Lebensmittelherkunftskennzeichnung

Brüssel, 9. September 2021. Die Abgeordneten des Agrar- und Umweltausschusses im EU-Parlament stimmen gemeinsam über die Ausschuss-Position zur Farm to Fork Strategie ab. "Der Green Deal darf nicht zu einem einseitigen Belastungspaket für uns Land- und Forstwirte werden, wie es die jüngsten Studien der EU-Kommission bereits prognostizieren. Das müssen wir sicherstellen, um unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu schützen und die Versorgungssicherheit mit regionalen und hochwertigen Nahrungsmitteln zu gewährleisten", sagen unisono die Europaabgeordneten des Bauernbundes, Simone Schmiedtbauer und Alexander Bernhuber.

„Die europäischen Landwirte halten längst die global höchsten Standards bei Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz, Sozialvorgaben und Tierwohl ein. Diese Standards müssen in vollem Umfang auch für Importe von Lebens- und Futtermittel gelten, damit es eine Chancengleichheit und nachhaltige Marktperspektiven für unsere bäuerlichen Familienbetriebe gilt. Schärfere Vorgaben für unsere Landwirte können nur im Gleichklang mit der Verschärfung von Vorgaben für Importe funktionieren. Die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission sind gefragt, für diese zentrale Forderung des Europaparlaments einzustehen. Das reicht weit in die EU-Handelspolitik hinein und muss sich zum Beispiel in einer klaren Absage für das EU-Mercosur-Abkommen manifestieren“, sagt Schmiedtbauer, Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament. „Auch die Konsumenten sind gefordert, ihre globale Verantwortung wahrzunehmen. Voraussetzung für eine informierte Entscheidung für qualitativ hochwertige, regionale und nachhaltige Produkte ist eine weit reichende Kennzeichnungspflicht.“

Erfreut zeigt sich Bernhuber, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament, dass die lang gehegte österreichische Forderung einer klaren Herkunftskennzeichnung von Milch und Fleisch auch in verarbeiteten Produkten nun endlich auch in Brüssel Zuspruch gefunden hat: „Dieser Wunsch nach Herkunftskennzeichnung darf aber kein Lippenbekenntnis sein, sondern muss auch tatsächlich in den kommenden Monaten in geltende Rechtsvorschriften umgesetzt werden. Unsere Bäuerinnen und Bauern dürfen hier nicht der Brüsseler Lebensmittelindustrie-Lobby zum Opfer fallen, deren großes Interesse es ist, die Herkunft von Lebensmitteln weiter zu verschleiern.“

Die Europäische Kommission hat die Farm-to-Fork-Strategie als Teil des Green Deals im Vorjahr präsentiert. Wesentlicher Inhalt ist der Beitrag eines nachhaltigen Ernährungssystems vom Erzeuger bis zum Verbraucher. Der Bericht aus dem Parlament bildet die politische Position der EU-Abgeordneten. Die Position aus dem Agrar- und Umweltausschuss wird von allen EU-Abgeordneten im nächsten Schritt im Plenum in Straßburg zur Abstimmung gestellt.